

Dirk Dalberg*

Dresden

Der Dichter und die Politik. Gerhart Hauptmanns Politikbegriff vor dem Hintergrund seiner Äußerungen zum oberschlesischen Plebiszit im Jahre 1921

Sowie ein Dichter politisch wirken will, muss er sich einer Partei hingeben, und sowie er dieses tut ist er als Poet verloren; er muss seinem freien Geist, seinem unbefangenen Überblick Lebewohl sagen und dagegen die Kappe der Borniertheit und des blinden Hasses über die Ohren ziehen.

Goethe

Jeder Mensch ist ein Kind seiner Zeit, ein Kind der Zeiten vor ihm.

Walter von Molo 1922: 31

0 EINLEITUNG

„Ich habe dem Politiker in mir jeden Tag mit einem Hammer den Schädel einschlagen müssen, um zu leben: es wäre verkauftes Menschentum, wenn ich es in meinem besonderen Falle nicht getan hätte“ (Hauptmann 1962: 992). Gerhart Hauptmanns Verhältnis zur Politik war wie bereits an der dieser kurzen Aussage deutlich wird ein widersprüchliches. Einerseits die Anerkennung der Politik, zugleich aber auch ihre Ablehnung. Peter Sprengel fasst es als ein Wechselspiel zwischen „politischer Verantwortung und Neigung zur Zeitflucht“ (1984: 228) zusammen. Im Hinblick auf die deutsche Kulturtradition ist dies nicht verwunderlich. Hier ist das Verhältnis von Politik und Kultur bekanntermaßen ein problematisches. Um so erstaunlicher ist es, dass sich der Dichter Gerhart Hauptmann nach dem Ersten Weltkrieg zum politischen Tagesgeschehen äußerte. Werden allerdings die realhistorischen und geistesgeschichtlichen Umstände, die der politischen Agitation zu Grunde lagen in Betracht gezogen erscheint es schon weniger seltsam. Einerseits stand Gerhart Hauptmann als herausragender Vertreter des deutschen Geisteslebens immer auch im Blickpunkt der politischen Wahrnehmung. Andererseits zogen die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges eine Politisierung der breiten Massen nach sich, von der auch bisher apolitische Künstler nicht ausgenommen

* Dirk Dalberg M.A., Doktorand am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden, studierte in Leipzig und Prag Politikwissenschaft und Osteuropawissenschaften. Die Entstehung der Arbeit wurde gefördert vom Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen im Rahmen des Collegium Pontes 2004.

waren. Allerdings blieben in der Weimarer Republik auch die überkommenen ablehnenden Haltungen gegenüber der Politik vorhanden, was sich v.a. in den Vorstellungen über die Politik äußerte.

Im vorliegenden Aufsatz soll die Entwicklung des Verhältnisses Gerhart Hauptmanns zur Politik und sein Politikbegriff vor dem Hintergrund der deutschen Kulturtradition und im Zusammenhang mit dem im Versailler Vertrag festgelegten Plebiszit über Oberschlesien am 20. März 1921 untersucht werden. Der Text ist hierzu in sechs Teile untergliedert.

Im ersten Teil werden die theoretischen Grundlagen für die Einordnung Hauptmanns in die deutsche Kulturtradition und auch für sein Politikverständnis gelegt. Neben der Darstellung von Aussagen ausgewählter Exponenten des deutschen Geisteslebens hinsichtlich des Verhältnisses von Kultur und Politik, wird der Begriff der Apolitie definiert und werden mögliche Verbindungen von Kultur und Politik aufgezeigt. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Entwicklung der Beziehung Hauptmanns zur Politik vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Daran anschließend wird der historische Rahmen Hauptmanns Oberschlesienreden, das Plebiszit über Oberschlesien, beleuchtet. Der vierte Teil des Aufsatzes beschreibt den Übergang von dem sich aus der Politik heraushaltenden Dichter zu einem In-die-Politik-greifenden Dichter, und beinhaltet eine Analyse seiner Oberschlesienreden. Im fünften Teil werden die in den Reden deutlich werdenden Grundprinzipien Hauptmanns herausgearbeitet. Im abschließenden Teil wird Hauptmanns Politikbegriff in den Zusammenhang mit seinen Reden gestellt. Hierbei wird deutlich, dass Hauptmanns Politikbegriff eng an den für Deutschland typischen Gegensatz Politik – Kultur angelehnt ist.

I DIE DEUTSCHE TRADITION DER APOLITIE

Im Gegensatz zum englischen Begriff „culture“ trägt der deutsche Begriff „Kultur“ einen ehrerbietigen Beiklang, der die Deutschen veranlasste, den mannigfachen Schöpfungen des *Geistes* und dem Mysterium der Kunst mit „Achtung und Ehrfurcht“ gegenüberzustehen (Stern 1984: 169). Die Verherrlichung der Kultur ging einher mit dem Glauben an die Möglichkeit „unabhängig von den jeweiligen politischen Bedingungen die künstlerischen und geistigen Anlagen des Individuums zu vervollkommen“ (ebd.: 172). Es kann daher nicht verwundern, dass sich in Deutschland Kunst und Politik geradezu feindlich gegenüberstanden und dem deutschen Politikverständnis im Verhältnis zu dem anderer politischer Kulturen ein unpolitischer Charakter anhaftet(e) (vgl. Vollrath 1989: 1063). Noch heute befällt manchen ein gewisses Unbehagen, nennt er Kunst und Politik in einem Atemzug und tut er es doch, so doch nur um den scheinbar unüberwindbaren Gegensatz beider Begriffe deutlich zu machen. Haften der Kunst und der Kultur doch immer auch der Mythos des dem „Realen“ entrückten „Wahren“ und des „Schönen“ an.

Solchen Ansichten verlieh bereits **Schiller** Ausdruck. Unter seinen „Xenien“ befinden sich zwei für den Standpunkt der Weimarer Klassik kennzeichnende Stücke: „Deutschland? Aber wo liegt es? Ich weiß das Land nicht zu finden./Wo das gelehrte beginnt, hört das politische auf“ (Schiller 1796: 320). Ist diese Gegenüberstellung des *kulturellen* und *politischen* Deutschland vor dem Hintergrund der Zerstückelung Deutschlands noch als Bestandsaufnahme der damaligen Wirklichkeit aufzufassen, wird im darauf-

folgenden Xenion schon eine Wertung erkennbar. Das politische Deutschland wird dem *gelehrten* Deutschland entgegengesetzt, die Bildung als das bestimmende Element der deutschen Kultur und die Kultur als Ersatz für politische Macht aufgefasst: „Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche, vergebens,/Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu *Menschen* euch aus“ (Schiller 1796a: 321 – Hervorheb. D.D.)¹. Als Bestätigung dieser Tendenz kann auch sein Fragment gebliebenes Gedicht „Deutsche Größe“ gelten, in welchem zum Ausdruck kommt, dass sich der Deutsche „abgesondert vom Politischen einen eigenen Wert gegründet [hat]. Indem das politische Reich wankt, hat sich das geistige immer fester und vollkommener gebildet“. Dem Bereich des Politischen wird der Stempel des *Unmoralischen* aufgedrückt: „nicht aus dem Schoße der Verderbnis, nicht am feilen Hof der Könige schöpfte sich der Deutsche eine trostlose Philosophie des Eigennutzes, einen traurigen Materialismus“ (Schiller 1800: 431ff.).

Die Politik ist, so lässt sich folgern, vom Reich der Ideen und der Moral getrennt. Geist und Macht sind zwei wesensverschiedene Kräfte. **Jakob Burckhardt** behauptete folgerichtig, Politik sei der Inbegriff von Macht, Reichtum und Geschäften (vgl. Burckhardt 1872: 159) und was noch schlimmer ist, die Zwangsgewalt des Staates. Kunst hingegen, so fährt er fort, ist „die Welt desjenigen, was keine Zwangsgeltung in Anspruch nimmt“ (Burckhardt 1905: 43). Bei **Thomas Mann** heißt es daran anschließend, dass sich die Politik der Kultur zu fügen habe, denn die Sphäre des Politischen ist eine unpersönliche, in der die nicht rangverleihende *Meinung* herrscht (vgl. Mann 1918: 269). Aus dieser Kulturtradition erwächst der unpolitische aber kultivierte Mensch, der „dem schmutzigen Geschäft der Politik mit Geringschätzung“ (Stern 1984: 173) gegenüberstand und Kunst und Kultur von *politischen* Wertungen und Maßstäben freizuhalten versuchte.

Die deutschen Dichter und Künstler sprachen nicht nur für sich allein. Auf Grund ihres hohen gesellschaftlichen Ansehens konnte die von ihnen vorgetragene Kritik an der Politik auf ein breites Publikum zählen (vgl. Gay 1987: 99). Aussagen nach denen die Politik „eine verlockende Buhlerin“ ist, die „leicht blind und dumm“ macht waren nicht nur die Meinung einzelner Künstler (**Hauptmann** zit. Brescius 1977: 58). Sie beeinflussten die (negative) Haltung der breiten Masse zur Politik. Als Kritik an vorhandenen Institutionen und Bräuchen diente an Stelle der Politik, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts von Wilhelm von Humboldt verkündete *Humanitätsideal*, das eine Aufklärung über eine humanen Politik war (vgl. Gay 1987: 102).

Der „unpolitische Zug des deutschen Lebensstils“ (vgl. Stern 1984: 171) wurde aber auch kritisiert, da in diesem Verhalten Gefahren gesehen wurden. Am Ende des Ersten Weltkrieges skizzierte **Friedrich Naumann** eine Typologie der „unpolitischen Menschen“. Hierzu zählte er u.a. die „Ästhetischen“ und „Phantastischen“. Diese würden den Kern des Politischen nie erfassen, da jeder der Politik machen wolle, einer gewissen politischen Begabung bedürfe (vgl. Naumann 1918: 421ff.).

¹ Im ersten Xenion wird darauf verwiesen, dass die Einheit Deutschlands nur in der Identität als Kulturnation bestand: Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Im zweiten Xenion wird die Alternative zwischen der nationalen Identitätssuche der Deutschen als „Deutsche“ und ihrer Selbstdefinition als „Menschen“ angesprochen (Vollrath 1989: 1063).

Karl Jaspers setzte *Apolitie* mit *politischem Versagen* gleich, denn das apolitische Individuum schlosse sich von der Teilnahme am Gang der Dinge aus:

Apolitie ist dann das Versagen desjenigen, „der nicht zu wissen braucht, was er will, da er nichts will als sich verwirklichen in seinem weltlosen *Selbstsein*, gleichsam wie in einen zeitlosen Raum hinein. Er nimmt das geschichtliche Menschenschicksal in nur *passiver* Duldung hin, weil er als Sein ein ungeschichtliches Heil der Seele glaubt“ (Jaspers 1932: 83 – Hervorhebung D.D.).

Arnold Ruge definierte Apolitie als „ein *rein theoretisches* und *passives Verhalten* in der Politik“ (Ruge 1843: 4 – Hervorheb. D.D.). Hinzuzufügen wäre an dieser Stelle *nicht-öffentliche* „Teilnahme“ an bzw. Auseinandersetzung mit der Politik. Apolitie ist dann das rein theoretische und passive Verhalten in der Politik, was sich in der Nichtteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten auf Grund der Verwirklichung des „weltlosen Selbstsein“ äußert.

Neben der bloßen Kritik an der Apolitie gab es auch Ansätze, die Kunst und Politik zu einer organischen Einheit verbanden: „Der Dichter greift in die Politik“ und die „Literatur sprengt in die Politik“ heißt es bei **Ludwig Rubiner** (1912). Durch dieses Indie-Politik-Sprengen solle der Dichter seinen Leser sozialisieren. Statt bloßer ästhetischer Selbstzweck zu sein, müsse die Kunst auf den Zuschauer einwirken und sich an der politischen Wirklichkeit orientieren und zwar nicht als Alternative, sondern als *Regulativ*. Vom Künstler wird „politischer Sinn“ und „politischer Geist“ (**Gervinus** 1855: 315f.) gefordert, damit sich der Privatmensch dem Staat und somit der Politik zuwendet.

Dieses Umdenken in der Beziehung zwischen Intellektuellen und Politik wird bereits bei **Richard Wagner** sichtbar, der in gewisser Weise die Politisierung der Kultur forderte. Der Künstler müsse sich seiner politischen Berufung stellen, da sich mit allein politischen Mitteln keine durchgreifenden (gesellschaftlichen) Veränderungen vollbringen lassen. Die Kunst des Dichters wird zur Politik! „Keiner kann dichten, ohne zu politisieren [...] Wer sich jetzt noch unter der Politik hinwegstiehlt, belügt sich um sein eigenes Dasein“. Denn in einer „*rein* politischen Welt nicht Politiker zu sein“, bedeutet so viel „als gar nicht [zu] existieren“ (Wagner 1852:162f. – Hervorheb. D.D.).

Die für das Kaiserreich typische Geisteshaltung der Deutschen, der Politik mit einer Mischung aus Faszination und Abneigung gegenüberzustehen, war auch mit dem Ende der Monarchie nicht aufgehoben, obwohl die Geburt der Republik doch Möglichkeiten und auch konkrete Notwendigkeiten politischen Handelns nach sich zog (vgl. Gay 1987: 104). Einerseits gaben sich die Deutschen und mit ihr auch die Dichter nun leidenschaftlich der Politik hin. Andererseits blieb aber die Abneigung gegenüber der Politik und ihren Institutionen bestehen. Verstärkt wurde dies durch die bereits im Kaiserreich vorhandene „merkwürdige Macht“ der Poesie „über die Phantasie der Deutschen“ (ebd.: 95). Die deutschen Dichter und insbesondere die Literaten der Gegenwart erfreuten sich in der Republik eines hohen Ansehen, bestätigten sie doch die Ideen, die in Deutschlands Vergangenheit mächtig gewesen waren und während der Weimarer Jahre mächtig blieben und trugen sie in schöner Form vor (vgl. ebd.: 99). Eines der besten Beispiele dafür ist **Gerhart Hauptmann**.

II GERHART HAUPTMANN'S APOLITIE

Hans von Brescius folgend hat sich Gerhart Hauptmann bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges „politisch weder engagiert noch exponiert“ (Brescius 1977: 54). Das politische Geschehen der Epoche vor dem Kriege lag außerhalb seines Blickfelds.

Eine scheinbar andere Einschätzung stammt von **Peter Sprengel**, der Hauptmanns „Stellung im Kaiserreich kaum als unpolitisch“ bezeichnete, denn seit dem Weber-Prozess galt er „als Exponent der Opposition“. Zugleich verweist Sprengel jedoch auf die Besonderheit und das Paradoxe des *politischen Wirkens* Hauptmanns in der Vorkriegsära. Diese lag darin, „dass der Autor selbst sich offenbar keiner politischen Absicht *bewusst* war“ (1984: 222 – Hervorheb. D.D.).

Diese Bewertung wird auch von **Alfred Zappel** bestätigt, da bei Hauptmann weder politische Zweckdichtung noch revolutionäre Dichtung oder *politische* Anklagen gegen Bestehendes zu finden sind (1987: 1).

In seinen frühen Dramen durchleuchtete Hauptmann, so **Eberhard Hilscher**, kritisch die Verelendungs- und Demoralisierungerscheinungen der spätbürgerlichen Gesellschaft und prangerte die Verkommenheit, Trunksucht, doppelte Moral, Ausbeutung und den Verfall der Familienbeziehungen im Kapitalismus an. Aber er konnte ähnlich den meisten spätbürgerlichen Schriftstellern, Zersetzungssymptome nur „darstellen, seinem Unbehagen Ausdruck verleihen, Kritik üben, ohne einen Ausweg aus der Krise zu zeigen“ (1996: 338).

Dem Axiom Rubiners entsprechend, nachdem die Kunst mehr als nur ästhetischer Selbstzweck ist, orientierte sich Hauptmann zwar an der politischen (und auch sozialen) Wirklichkeit und hielt der wilhelminischen Gesellschaft in seinen Werken den Spiegel vor². Dies entsprang jedoch „nicht aus einer primär gesellschaftskritischen Intention, sondern seinem künstlerischen Realismus“ (Brescius 1977: 46). Seine Äußerungen wollte er *nicht* als politische Meinungsäußerungen verstanden wissen (vgl. Leppmann 1990: 32). Hauptmanns Dichtung war deshalb auch nicht das von Rubiner geforderte Regulativ, sondern bloß *Alternative*.

Dennoch, das Werk Hauptmanns und seine Person standen unbeschadet aller gegenteiligen Postulate allein durch das Gewicht seiner Persönlichkeit und der Themenwahl in einem politisch-gesellschaftlichen Kontext. Dem Dichter Hauptmann wuchs im Kaiserreich auf diese Weise *unfreiwillig* eine politische Symbolfunktion zu (vgl. Erdmann 1997: 17). Zwar könne niemand mehr dichten ohne zu politisieren. Politisieren soll aber die *bewusste* und *gewollte* Teilnahme an den *öffentlichen Dingen* bedeuten; beides fehlte bei Hauptmann.

Als Exponent des *unpolitischen* Bildungsbürgertums sah Hauptmann in der Öffentlichkeitssphäre indes nur ein notwendiges Übel, welches die Gefahr der Selbstentfremdung von *privat-bürgerlichem Sein* in sich barg (vgl. Brescius 1977: 41f.). Dieser Auffassung folgend, habe sich der Künstler möglichst von den Einflüssen des Staates, der Gesellschaft, und also der Politik freizuhalten. „Ein Künstler darf kein Politiker sein“ (vgl. ebd.: 60), denn „die Kunst ist parteilos“ (Hauptmann 1912a: 918). Die Basis des künstlerischen Schöpfertums ist die integrale *Persönlichkeit*, der ursprünglich-

² Insb. in den Werken: „Der Rote Hahn“ (1901), „Rose Bernd“ (1903), „Die Ratten“ (1911).

natürliche Mensch. Als unvoreingenommener Betrachter solle der Künstler auf das *allgemein* Menschliche *hinter* allen Rollen, Masken und Funktionen zielen. Um seinen *universellen* Standpunkt zu bewahren, müsse er sich deshalb vom *Rollenzwang* des öffentlichen Charakter freihalten. Seinem Wesen nach ist der Künstler demnach Privatmensch und „hat neutral zu bleiben“ (zit. Brescius 1977: 55). An dieser Stelle sei auf den eingangs zitierten Ausspruch **Goethes** verwiesen, der mit Blick auf die Aussagen Hauptmanns folgendermaßen zu interpretieren ist: Wer sich mit Kunst beschäftigt, hat sich aus der Politik herauszuhalten und wer Politik macht ist der Kunst unwürdig; eigentlich überhaupt nicht fähig, sich künstlerisch zu betätigen.

Hauptmanns Apolitie wird auch und besonders in der Festspielaffäre von 1913 deutlich³. Der Dichter äußerte sich hier betroffen darüber, „dass ein rein empfundenes Kunstwerk durch niederes Parteidenken beschmutzt wurde“ (Sprengel 1984: 223).

Mit dem Glauben an die den Bereich der Politik übersteigende Mission der Kunst stand Hauptmann als typischer Vertreter der Epoche der machtgeschützten Innerlichkeit (Thomas Mann) in der apolitischen deutschen Kulturtradition. Mit dazu beigetragen, den politischen Sinn abzustumpfen, hatte aber auch die Friedenszeit von 1871 bis 1914, in der sich das geistig-kulturelle Leben vermeintlich autonom entfalten vermochte. Im halbautoritären Bismarckschen Verfassungssystem blieb die kulturelle Elite Deutschlands größtenteils in politischer Unmündigkeit. Die Gründe hierfür sind auch in der Ohnmacht der politischen Vertretung und der traditionellen Organisationsunwilligkeit des wirtschaftlich starken, liberalen Bürgertums zu suchen. Die Weigerung, am politischen Leben teilzunehmen und die Abneigung der Politik ging aber auch mit der Unkenntnis über diesen in der modernen Massengesellschaft lebenswichtigen Bereich einher (vgl. Leppmann 1990: 36). Hauptmanns politische Apathie ist somit nicht ausschließlich mit seiner Persönlichkeitsstruktur oder aus seinem künstlerischen Selbstverständnis heraus erklärbar. Für ein politisches Engagement fehlte Hauptmann zu dieser Zeit zudem eine unabdingbare Voraussetzung: ein positives Ziel bzw. eine positive Orientierung (vgl. Chapiro 1932: 103).

Das apolitische Idyll, in dem Hauptmann bis Kriegsausbruch 1914 lebte, und sich jeder direkten, d.h. nicht künstlerisch vermittelten, öffentlichen Aussage zum politischen Geschehen enthielt, wird nur durch *scheinbare* Exkurse in die Politik durchbrochen (vgl. Sprengel 1984: 223 und Brescius 1997: 58). Dem Trend der Zeit entsprechend beschäftigten sich diese eher mit außen- denn mit innenpolitischen Fragen. Nahm die Außenpolitik des deutschen Imperialismus die nationale Phantasie doch immer mehr in Anspruch. Zu den deutlichsten Bemerkungen zählt, laut Brescius jene zur Zweiten Marokkokrise von 1911. Hier wird allerdings eher der *Gegensatz* von Politik und Kunst ausgedrückt, hält die Politik Hauptmann doch vom Nachdenken über das Wichtige, die Kunst, ab: „Die wahre *Wichtigkeit* der Mona-Lisa-Entwendung und die *Unwichtigkeit* von Marokko: trotz aller Gravität aller Historiker. Ich schwankte.“ Hauptmanns Abneigung gegenüber dem Politischen wird im sich daran anschließenden Satz sehr schön deutlich: „Die Politik ist wie eine verlockende Buhlerin und macht leicht blind und dumm“ (zit. Brescius 1977: 58 – Hervorheb. D.D.).

³ Am 17. Juni 1913 wurden die Aufführungen des „Festspiels in Deutschen Reimen“ auf Weisung des Kronprinzen vorzeitig abgesetzt.

Mit Kriegsbeginn trat Hauptmann aus seiner politischen Reserve. Von der offiziellen Kriegsbegeisterung angesteckt, trieb er im „Strom der allgemeinen nationalistischen Stimmungsmache“ (Abusch 1963: 57) und teilte „das historische Versagen des weitaus größten Teils der deutschen Intelligenz“ (Tschörtner 1995: 92). An Kundgebungen beteiligte sich der Dichter zwar nicht, aber er publizierte Zeitungsartikel, unterschrieb Aufrufe und veröffentlichte einige Kriegspoeme⁴. Auf diese Weise gab er „seiner Meinung über die Ereignisse *öffentlichen* Ausdruck“ (Hildebrandt 1968: 45 – Hervorhebung D.D.). Der Übergang vom apolitischen Dichter, der sich rein theoretisch und passiv, nicht öffentlich und wenn dann doch ungewollt in der Politik bewegte, zum in die Politik greifenden Dichter wird hiermit eingeleitet. Anzumerken ist aber auch, dass Hauptmanns Grundsituation während der Kriegsjahre durch ein Ohnmachtgefühl gekennzeichnet ist, welches seine literarische Tätigkeit hemmte. Ihm fehlte die Kraft und Bereitschaft zur „ästhetischen *Erhebung* über die Sphäre der Politik“ (Sprengel 1984: 224 – Hervorheb. D.D.). Die eifrige Zustimmung zum Kampf und die anfängliche Kriegsbegeisterung machte jedoch bald einem tiefen Missbehagen und einer vollständigen Ernüchterung Platz. Dieser Gesinnungswandel Hauptmanns vollzog sich synchron mit dem vieler seiner Landsleute und Mitbürger (vgl. Leppmann 1990: 31).

In den ersten Nachkriegsjahren erkannte Hauptmann die Notwendigkeit, seine früheren unpolitischen Anschauungen zu ändern und seine gewohnte politische Zurückhaltung aufzugeben. Mit dazu beigetragen hat sicherlich die Wahrnehmung der inneren Schwäche des geschlagenen Deutschland. Mit großer Anteilnahme verfolgte er die Situation und Entwicklung Deutschlands nach 1918 und stand in den folgenden Jahren wie nie zuvor im öffentlichen Leben (vgl. Tschörtner 1995: 98). „Von den herrschenden Zuständen angeekelt“ beschloss er sogar sein „ganzes Wirken in den Dienst der Politik zu stellen“ (Chapiro 1932: 103).

Unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges war ein solches Verhalten nichts ungewöhnliches, denn mit dem Untergang der Monarchie und der Geburt der Republik mehrte sich eben die Möglichkeit und auch die konkrete *Notwendigkeit* politischen Handelns. Das politische Verhalten der ehemals Unpolitischen war „symptomatisch für die Gewichtsverschiebung zwischen Kunst und Politik, die sich in Hauptmann [...] vollzogen hatte“ (Sprengel 1984: 222).

Durch die militärische Niederlage fühlte sich Hauptmann von der Loyalität gegenüber dem zum Untergang verurteilten Staatssystem entbunden. Den Wilhelminismus scharf kritisierend und alle historische Schuld auf die ehemaligen Herrscher abladend, blieb Hauptmann der ideologischen Substanz des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber aber unkritisch. Nicht auf die Gesamtkonzeption der deutschen Politik vor 1914 wurde der Zusammenbruch zurückgeführt, sondern auf das Versagen einer unfähigen Führung (vgl. Brescius 1977: 90).

Hauptmanns Bekenntnis zum geschichtlichen Umbruch und sein positives Verhältnis zur Republik wurde allerdings durch Befürchtungen hinsichtlich des ungewissen außenpolitischen Schicksal Deutschlands gedämpft. Waren in den Jahren 1920/21 doch Territorialregelungen getroffen worden, welche der Versailler Vertrag für das deutsche Reich vorsah.

⁴ Zu den Kriegspoemen siehe CA XI 660 – 672 und auch Sprengel 1996: 216 - 242

III HISTORISCHER RAHMEN

Die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges hatten in Deutschland eine bisher ungekannte Politisierung der Massen zur Folge. Die Gründe dafür sind einerseits im Ende der Monarchie und der Ausrufung der Republik zu finden, andererseits aber auch in dem Deutschland betreffenden Friedensvertrag von Versailles, der u.a. mit der Abtretung von deutschen Gebieten an das am 11. November 1918 proklamierte unabhängige Polen verbunden war.

Eine Bedingung für das (Wieder)Entstehen des polnischen Staates war das 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson. Punkt 13 forderte einen unabhängigen polnischen Staat, „der alle unstrittbar von polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfasst“ und dem „ein freier und sicherer Zugang zum Meer“ gewährleistet werden soll. Die wichtigste Voraussetzung für die Wiederherstellung des polnischen Staates aber war die Niederlage der drei Teilungsmächte Preußen bzw. Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland. Die Gebietswünsche Polens, ja die Wiederherstellung des Staates überhaupt, konnten nur auf Kosten der Gebiete der ehemaligen drei Teilungsmächte geschehen. Das vom „Polnischen Nationalkomitee“ erstrebte neue Polen sollte sich aber nicht nur an den historischen Grenzen Polens orientieren, sondern auch an der Verbreitung der polnischen Bevölkerung und insbesondere seinen wirtschaftlichen Interessen (Weczerka 2003: LXXXV).

Der am 28. Juni 1919 unterzeichnete und am 10. Januar des darauffolgenden Jahres in Kraft getretene Friedensvertrag von Versailles wurde von der deutschen Seite nur unter großen Vorbehalten angenommen. Fast die gesamte Öffentlichkeit strebte seine Revision an. Diese bezog sich gegenüber dem wiederentstandenen Polen auf die umfangreichen Gebietsverluste⁵ und die damit verbundenen neuen Grenzen. Die Abtretungen an den Staat im Osten wogen in Deutschland auf Grund der vorherrschenden Meinung, die Polen hätten sich in ihrer Geschichte niemals als staatenbildungsfähiges Volk bewährt und seien den anderen mittel- und osteuropäischen Völkern zivilisatorisch und kulturell nicht gewachsen, besonders schwer (vgl. Gill 1997: 20).

Es zeigte sich aber auch, dass das von Wilson geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker unter den mittel- und osteuropäischen Bedingungen nur schwer anzuwenden war. Polnische Politiker mussten anerkennen, dass in Teilen des neuen Polens, namentlich im südlichen Ostpreußen, in der Provinz Posen, in *Oberschlesien*, in Teilen Niederschlesiens und auch in Danzig eine deutsche bzw. deutschgesinnte Bevölkerung mit polnischer Muttersprache die Mehrzahl darstellte. Das nationalpolitische Bekenntnis stand hier der ethnischen Abstammung zum Teil entgegen und war infolgedessen nur schwer mit der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Einklang zu bringen. Auf besonders scharfe Ablehnung der deutschen Seite stieß, die im Ent-

⁵ Das Deutsche Reich musste an Polen den größten Teil seines westpreußischen Territoriums sowie Posen abtreten. Dies hatte die Abtrennung Ostpreußens vom Reichsgebiete zur Folge, verschaffte Polen aber einen freien Zugang zur Ostsee (den sog. Korridor). Die Stadt Danzig wurde mit dem dazugehörigen Weichseldelta und der Weichselmündung als Freie Stadt unter internationaler Kontrolle gestellt (vgl. Gill 1997: 19). Darüber hinaus erreichten die Polnischen Vertreter die Abtretung von Teilen der niederschlesischen Kreise Guhrau, Militsch, Groß Wartenberg und Namslau. (vgl. Weczerka 2003: LXXXV).

wurf des Friedensvertrages vom 7. Mai 1919 vorgesehene Abtretung ganz Oberschlesiens⁶ an Polen. Der von englischer Seite unterstützte deutsche Protest mündete in dem *Kompromiss*, in Oberschlesien unter Aufsicht der westlichen Alliierten hinsichtlich der staatsrechtlichen Zugehörigkeit der umstrittenen Gebiete eine Volksabstimmung durchzuführen.

In dem am 20. März 1921 stattfindenden Plebiszit sprachen sich insgesamt 59,6% der Abstimmenden für Deutschland und 40,4% für Polen aus. Hierbei war auffällig, dass über ein Drittel der Bevölkerung polnischer Muttersprache für Deutschland votierte. „Da 1910 in ganz Oberschlesien nur 40% Deutsch, dagegen aber 53% Polnisch als Muttersprache angegeben haben, müssen sich viele Polnischsprachige für den Verbleib bei Deutschland ausgesprochen haben“ (ebd.). Zudem kam der deutschen Seite die Tatsache zu Gute, dass ca. 191.000 außerhalb Oberschlesiens wohnende abstimmungsberechtigte Oberschlesier am Plebiszit in ihrer Heimat teilnahmen (vgl. Grosch 2002: 368)⁷.

Die Entscheidung für Oberschlesien als ungeteilte Provinz des Reiches war somit scheinbar eindeutig gefallen. Enttäuschte polnische Kräfte begannen Anfang Mai 1921 aber einen Aufstand, der am 21. Mai 1921 am St. Annaberg niedergeschlagen wurde⁸. Unter dem Eindruck des Abstimmungsergebnisses und dem sich anschließenden Aufstand wurde mit dem Genfer Schiedsspruch am 20. Oktober 1921 die Teilung des Oberschlesischen Industriegebietes beschlossen⁹. Diese Teilung bedeutete für Deutschland eine ungünstige Grenzziehung. Während der größere, aber wirtschaftlich unbedeutende Teil bei Deutschland blieb, fiel das ost-ober-schlesische Industriegebiet mit Kattowitz fast vollständig an Polen (vgl. Fischer 1991: 110). Das letztlich nur teilweise erfolgreiche Plebiszit bedeutete eine Verlagerung der Diskussion der offenen Grenzfragen von der rein diplomatischen Bühne in die öffentliche Kommunikation. An der propagandistischen und agitatorischen Vorbereitung und Abwicklung des Plebiszits war neben den unterschiedlichsten Organisationen auch der bis zu Kriegsbeginn apolitische Gerhart Hauptmann beteiligt¹⁰. Seine im Zusammenhang mit dem Plebiszit gehaltenen Reden sollen im Folgenden näher beleuchtet und im Anschluss daran in den weiteren Kontext der darin deutlich werdenden Grundprinzipien seines (politischen) Denkens gestellt werden.

⁶ Mit Ausnahme des Hultschiner Ländchen, das an die neu gegründete Tschechoslowakei abgetreten wurde.

⁷ „Zur Abstimmung zugelassen wurde, wer im Abstimmungsgebiet geboren war und dort lebte (Kategorie A), im Abstimmungsgebiet geboren war, es aber inzwischen verlassen hatte (Kategorie B), im Abstimmungsgebiet seit einem noch festzusetzenden Datum lebte, ohne dort geboren zu sein (Kategorie C), oder als Angehöriger der Kategorie C von den deutschen Behörden ausgewiesen worden war“ (Grosch 2002: 17).

⁸ Gemeint ist der dritte polnische Aufstand (erster Aufstand August 1919, zweiter Aufstand August 1920).

⁹ Zuvor wurde am 12. August der Völkerbund angerufen, da sich Frankreich und England nicht auf einen Teilungsplan einigen konnten

¹⁰ Diese Organisationen waren zwar alle samt vom Reich subventioniert und durch das gemeinsame Ziel des Verbleibs Oberschlesiens beim Reich geeint, gingen ansonsten aber auf Grund fehlender Koordination und Differenzen untereinander ihre eigenen Wege (vgl. Fischer 1991: 110).

IV HAUPTMANN'S OBERSCHLESISIENREDEN

Während der Weimarer Republik bestand ein großer Teil des literarischen Wirkens Hauptmanns aus Reden und Veröffentlichungen, in denen er seine Meinung zu aktuellpolitischen Entwicklungen ausdrückte. Mit Blick auf Richard Wagner und Ludwig Rubiner lässt sich schlussfolgern, dass Hauptmann meinte, „es sei an der Zeit, als Schriftsteller an die Öffentlichkeit zu treten und sich zu seiner Verantwortung gegenüber dem Ganzen zu bekennen“ (Hildebrandt 1993: 215). Neben abstrakter Humanität werden in diesen Reden auch nationale Sorge gegenüber den Problemen der Zeit und Empörung gegenüber dem Versailler Friedensvertrag sichtbar (vgl. Tschörtner 1995: 98 und Machatzke 1980: 285).

Das sich zu Beginn des Krieges andeutende In-die-Politik-greifen Hauptmanns, äußerte sich nach dem Krieg zunächst nur in privaten Tagebucheintragungen. In den Augen Hauptmanns war das von der kaiserlichen Regierung verführt deutsche Volk als hilfloses Opfer einem bössartigen Gegner ausgeliefert.

Unmenschliche Absichten bei unseren Feinden [...] Jede ungerechte Handlung, die wir etwa getan haben, wird von den Gegnern ohne Zögern weit überboten. Ihre Praxis ist schlechthin gnadenlos. Sie straft ein Siebzigmillionenvolk, das von seinem Herrscher und seinen Herrschenden missbraucht, für seine Penaten gekämpft, gelitten, geblutet hat, mit einem Heroismus, der nicht zu überbieten ist. Ungebrochen stand seine Front. Aber der Gegner kennt keine Achtung. Seine Ritterlichkeit heißt Rachdurst, Rachsucht seine Billigkeit (Hauptmann 1918: 28).

Als Hauptmann im November 1921 über die „grausame Farce“ der „Grotteske von Versailles“ (Hauptmann 1921: 728f.) sprach, äußerte er sich bereits eine geraume Zeit öffentlich und direkt zum politischen Geschehen. Sich als Künstler seiner politischen Berufung stellend, ging Hauptmann über den Anspruch Rubiners, als *Dichter* in die Politik zu greifen allerdings hinaus. Das In-die-Politik-Greifen war bei Rubiner *künstlerisch* vermittelt; die *Dichtung* wird hier zur Propaganda. Hauptmanns Stellungnahmen zu den Abstimmungen und Versailles sind wie zu sehen sein wird keine Dichtung; es sind politische Reden ohne künstlerischen Mantel.

Die Konstellation des Jahres 1919 fasste Hauptmann als eine massive Bedrohung des schutzlosen und ohnmächtigen Vaterlandes auf (vgl. Erdmann 1997: 156). Von historischen Kausalitäten abstrahierend, überhöhte er das durch die harten Friedensbedingungen gezeichnete deutsche Volk zum *kulturell* überlegenen *Opfer*. Diese Tendenz wird in einem seiner ersten *öffentlichen* politischen Auftritte nach dem Krieg deutlich. Am 2. Februar 1919 äußerte Hauptmann in einem im Berliner Tageblatt veröffentlichten „*Offenen Brief an den Kongress der Alliierten in Paris*“ (Hauptmann 1919: 707ff.) seine Ansichten zur aktuellen politischen Lage. Er ging hier „Gerüchten“ nach, entsprechend derer Frankreich die Sklaverei wiedereingeführt habe. Für die Untersuchung der Haltung Hauptmanns in den Volksabstimmungen und deren Einordnung in seine politische Gedankenwelt ist in diesem Brief aber ein anderer Kritikpunkt wichtig, der von Hauptmann auch später immer wieder aufgegriffen wird. Es ist der Verweis darauf, dass der Krieg zu Ende und Europa somit in den Zustand des Friedens eingetreten sei. An die Vernunft der Sieger appellierend, warnte Hauptmann darüber hinaus vor einer Zerstückelung und Demütigung Deutschlands.

Das erste politische – also öffentliche – Engagement Hauptmanns im Jahr 1920 erwuchs aus dem *Kompromiss* der Alliierten, in Oberschlesien ein Plebiszit über den künftigen Grenzverlauf unter der dortigen Bevölkerung anzuberaumen. Der Schlesier Hauptmann nahm am Schicksal Oberschlesiens besonderen Anteil und setzte sich als „über den Parteien stehender Repräsentant des Volkes“ (Leppmann 1990: 32) in den folgenden Monaten „Für die Grenzlanddeutschen“ und „Für ein deutsches Oberschlesien“ ein und rief zum „Opfertag für Oberschlesien“ auf.

„Für die Grenzlanddeutschen“ (Hauptmann 1920: 714 – 715)¹¹

Im Februar 1920 rief Gerhart Hauptmann in seiner Rede „Für die Grenzlanddeutschen“ zur „Grenzspende“ des Schutzbundes der Grenz- und Auslandsdeutschen vor dem oberschlesischen Plebiszit auf. Auf die bereits vollzogenen deutschen Gebietsabtretungen anspielend, verweist er darauf, dass „große und lebensnotwendige Gebiete“ an der nördlichen, östlichen und südöstlichen Grenze Deutschlands mit der „Stimmenmehrheit ihrer Eingeborenen“ darüber zu entscheiden haben „ob sie beim Reiche verbleiben oder sich davon losreißen wollen“. Er ruft die Deutschen auf, zu verhindern, dass das blutende Land „noch weiter zerstückelt wird“. Um dies zu erreichen, sei es allerdings nicht nötig „zu den Waffen zu greifen, es ist auf *friedlichem* Wege“ möglich (Hervorheb. D.D.).

Da viele der abstimmungsberechtigten „Eingeborenen“ im Abstimmungsgebiet Oberschlesien nicht mehr ansässig sind und einige von ihnen zu den weniger Begüterten zählen, aber persönlich an den Abstimmungen teilnehmen müssen, wenn ihre Stimme gezählt werden soll, ruft Hauptmann *alle* Deutschen dazu auf, Geld zu sammeln, um für den Unterhalt derer zu sorgen, „die durch ihre Stimmenabgabe in der Heimat das schwerste Unglück verhindern können“¹². Die Teilnahme am Referendum, die ihn eine *ationale Pflicht* darstellt, solle durch die Spende *jedem* Abstimmungsberechtigtem ermöglicht werden. An das Gewissen der *ganzen* Nation appellierend geht es ihm um die „Rettung und Erhaltung einer kraftvollen und lebensfähigen deutschen *Einheit*“ (Hervorhebung D.D.).

Mit dem Begriff der Einheit wird von Hauptmann einerseits die Einheit Deutschlands als einheitliches Territorium, andererseits aber auch die geistige Einheit Deutschlands als Nation und Volk angesprochen. Im Aufruf „für die Grenzlanddeutschen“ geht es vorrangig um die Einheit der Deutschen als Nation, die eine unabdingbare Voraussetzung zur Erhaltung der territorialen Einheit ist. Diese geistige Einheit, die ein neues Gemeinschaftsgefühl zur Folge haben soll, besteht darin, dass sich Deutsche unterschiedslos für Deutsche einsetzen.

Die angesprochene Einheit erwächst in diesem Aufruf aus der *Not*. Hauptmann baute hier auf dem negativen Grundkonsens, der hinsichtlich des Versailler Vertrages und den damit verbundenen territorialen Verlusten in der Weimarer Republik herrschte, auf. Um die Not zu lindern, d.h. nicht zuzulassen, dass das „blutende Land noch weiter zerstückelt wird“, sind alle Deutschen zur Geldspende aufgerufen. Wenn es gelänge die

¹¹ Alle Zitate beziehen sich, wenn nicht anders angegeben auf die untersuchte Rede.

¹² Vgl. FN 8 – Die Grenzspende ist dementsprechend für die Angehörigen der Kategorie B bestimmt.

Not auf diese Weise zu beenden und durch die geistige Einheit, die territoriale Einheit auf friedlichem Wege zu bewahren, wäre ein *moralischer* Sieg errungen. Hier wird die durch Hauptmann vorgenommene sittliche Überhöhung Deutschlands als „Friedensmacht nationaler Wesensart“ gegenüber dem Gegner deutlich, der im Frieden Gewalt anwendet und Kriegsgefangene als Sklaven hält. Um die geistige Einheit der deutschen Nation darzustellen, welche die Voraussetzung für die territoriale Einheit ist, greift Hauptmann zur „Wir-Form“. Allerdings wird diese Form auch in einer zweiten Bedeutung benutzt, nämlich dann, wenn er die Oberschlesier zu Wort kommen lässt: „Wir bitten nicht, wir betteln nicht. Wir sind nur das Sprachrohr der deutschen Not, des deutschen Bewusstseins, des deutschen Herzens, der deutschen Hand [...] Durch uns spricht unser Volk zu sich selbst“.

„Aufruf zum Opfertag für Schlesien“ und „Für ein deutsches Oberschlesien“

Sein bereits angedeutetes Misstrauen gegenüber den für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintretenden Alliierten musste Hauptmann nach dem Plebiszit (am 20. März 1921) bestätigt sehen. Obzwar sich die Mehrheit der Abstimmenden für den Verbleib im Deutschen Reich ausgesprochen hatte, verfolgten die Alliierten Pläne, Oberschlesien zu teilen. Vor diesem Hintergrund ist Hauptmanns „Aufruf zum Opfertag für Schlesien“ und seine Rede „Für ein deutsches Oberschlesien“ zu sehen.

Der ähnlich Teilen der Rede „für die Grenzlanddeutschen“, aus der Sicht der Oberschlesier geschriebene „Aufruf zum Opfertag für Schlesien“ (Hauptmann 1921: 961 – 962) ist, wie er betont, ausschließlich für die deutsche Nation bestimmt. Er „wird von deutschen Brüdern und Schwestern an deutsche Brüder und Schwestern gerichtet“. Im Kampf um die territoriale Einheit sollten alle sozialen Gegensätze überwunden und versöhnt werden, um denen zu helfen „die in unserer Provinz unschuldig für ganz Deutschland leiden“ (Hauptmann 1921: 962). Mit diesem pathetischen Aufruf erwuchs Hauptmann zum prominentesten Exponent der Protestbewegung. Diese Führungsstellung festigte er wenig später mit seinem Eintreten „Für ein deutsches Oberschlesien“ (Hauptmann 1921a: 722 – 725)¹³, als er das Plebiszit auf- und die alliierten Siegermächte angriff.

Der Dichter beklagte in dieser Rede, dass bei der Volksabstimmung über Oberschlesien zwar die Stimmenmehrheit entscheiden sollte und auch entschieden hat, und „wie zu erwarten war, nicht für den Abfall, sondern für das Verbleiben beim alten Reich“, die Provinz aber dennoch geteilt werden solle. Die am 15. Juli gehaltene Rede in der Philharmonie zu Berlin lässt sich in drei große Bereiche gliedern, die im Text allerdings nicht eindeutig nacheinander abgehandelt werden, sondern abwechselnd ineinander übergreifen.

In einem **ersten Teil** seiner Rede „für ein deutsches Oberschlesien“ prangert Hauptmann die *Ungerechtigkeit* der Alliierten hinsichtlich der Missachtung der eindeutigen Ergebnisse des von ihnen selbst angeordneten Referendums über die staatsrechtliche Zugehörigkeit Oberschlesiens an. Mit der angestrebten Teilung des Gebietes, die der „Gipfel der Frivolität“ sei, würden in Deutschland siebzig Millionen „gutgläubige Menschen verhöhnt“. Zudem werde der europäischen „Völkermoral der Todesstoß“ versetzt.

¹³ Alle Zitate beziehen sich, wenn nicht anderes angegeben auf diese Rede.

In einem **zweiten Teil** betont Hauptmann, nicht daran zu zweifeln, „dass die Nation einig und durch die *Einigkeit* unzerstörbar ist“. Die Nation ist sich hinsichtlich ihrer territorialen Einheit, die durch die Alliierten zerstört werden soll, geistig einig. Um die territoriale Einheit Deutschland darzustellen, verwendet Hauptmann gleich mehrere Metaphern, die Oberschlesien als natürlichen Bestandteil eines *gesamtdeutschen Organismus* darstellen: *Körper, Amputation, brandige Wunde*.

Einer *historischen Argumentationslinie* folgend, versucht Hauptmann zu beweisen, dass Deutschland ein „*uralt*“ *Recht* auf sein „*angestammtes Eigentum*“, nämlich ganz Oberschlesien besitzt¹⁴. Da Oberschlesien auf *natürliche Weise* mit den *deutschen Nationalkörper* verbunden ist, kann es nicht ohne *brandige Wunden* zu hinterlassen vom deutschen Nationalkörper *amputiert* und auf *unnatürliche Weise* einem anderen Staatswesen *angeleimt* werden. Hier wird Hauptmanns Bekenntnis zur Idee des „*naturgewollten, großen deutschen Gesamtstaates*“ deutlich (nach Hildebrandt 1968: 47 – Hervorheb. D.D.).

Bestätigt wird diese Ansicht im Übrigen auch von polnischer Seite. Selbst national denkende polnische Kreise standen dem Verlangen, Oberschlesien an das neue Polen anzugliedern, verständnislos gegenüber. So fragte z.B. Piłsudski eine Abordnung polnischer Insurgenten, die ihn um Hilfe ersuchten: „Nach Oberschlesien gelüftet es euch? Das ist eine unmögliche Sache. Oberschlesien ist doch eine uralte deutsche Kolonie“ (zit. Grosch 2002: 19).

In einem **dritten Teil** spricht Hauptmann von einem *gewalttätigen Akt*, welchen die Abtretung (Ost-)Oberschlesiens an Polen insbesondere vor dem Hintergrund des eindeutigen Abstimmungsergebnisses und des Friedenszustand, in dem sich Europa längst wieder befinde, darstellt. Die Abtretung Oberschlesiens bzw. eines Teils davon „würde Gewalt sein, im Frieden geübt“¹⁵. Der Entzug eines Landesteiles mit dem „Recht der Gewalt“ wird von Hauptmann angegriffen und der Oberste Rat zugleich vor einer „Politik der permanenten Gewalt“ gewarnt. Statt den bestehenden Frieden segensreicher und dauerhafter zu gestalten, wird er durch die Missachtung des von den Alliierten „selbst angeordneten Plebiszit“ mit seinem „unzweideutigem Resultat“ gefährdet. Die Wunden des Krieges werden nicht geheilt, stattdessen würden im Frieden neue aufgerissen. Da Hauptmann die Abtrennung Ost-Oberschlesiens als Amputation verstand, warnte er davor, dass „ein solcher Zustand [...] niemals von Dauer sein können“ wird. Durch diesen gewalttätigen Akt in Friedenszeiten sei der Frieden Europas gefährdet. In diesem Zusammenhang warnt Hauptmann vor einem neuen Weltbrand.

Einen solchen gefährlichen Weltbrand [...] legt man an, wenn man einen uraltgegebenen und natürlichen Zustand ändert, indem man diesen vitalen Teil vom Reiche reißt und dafür einen neuen erkünstelten und erzwungen, also unnatürlichen Zustand schafft. Ein solcher Zustand wird niemals von Dauer sein können und wird so lange des Frieden Europas gefährden, bis er korrigiert ist.

¹⁴ Zur historischen Argumentation in der Vorbereitung der Abstimmung s. auch Grosch 2002: 165 – 172 und zur Gewichtung der historischen Argumente in der Propaganda allgemein ebd.: 360 – 367

¹⁵ vgl. auch Hauptmann 1919: 707ff.

Während *Polen* in der gesamten Zwischenkriegszeit als Feindbild ein Strukturierungsprinzip des Wahrnehmens und Handelns in der Politik und Publizistik (vgl. Fischer 1991: 27) darstellte, wird der wiederentstandene Staat von Hauptmann in den drei untersuchten Reden nur einmal erwähnt und zwar im Zusammenhang mit der Begründung des historischen Rechts Deutschlands auf Oberschlesien: „Niemand, Franzose oder Pole, wird [...] dem Deutschen zumuten [...] auf sein uraltes, angestammtes Eigentum“ zu verzichten (Hauptmann 1921a: 722). Hauptmanns Strukturierungsprinzip ist in diesen Reden der Oberste Rat und die alliierten Kriegsgegner England und v.a. Frankreich¹⁶. Hauptmann erkennt in der Auseinandersetzung um Oberschlesien nicht in erster Linie einen Konflikt zwischen Deutschland und Polen, sondern zwischen Deutschland und den Alliierten, wobei insbesondere Frankreich versuchte, Deutschland durch territoriale, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Beschneidungen soweit zu schwächen, dass es keine Gefahr mehr für seine territoriale Integrität darstellen könne. Vor diesem Hintergrund ist auch die von Frankreich vehement geforderte Abtretung des ostoberschlesischen Industriegebietes mit Kattowitz zu sehen, von wo aus Deutschland einen Großteil seiner Rüstung im Ersten Weltkrieg bezog.

Aus den Aufrufen und Reden geht des Weiteren hervor, dass Hauptmann die Grenzregion Oberschlesien als eine volkspolitische Aufgabe wahrnahm, an der sich die von ihm beschworene Deutsche Einheit zu messen habe. Die Erhaltung der äußeren (territorialen) Einheit ist der Gradmesser für die Entwicklung der inneren (geistigen) Einheit Deutschlands.

V DIE GRUNDPRINZIPIEN HAUPTMANN'S POLITISCHER GEDANKENWELT

In den untersuchten Oberschlesienreden, werden zwei Grundprinzipien, des öffentlich und direkt in die Politik greifenden, politisierenden Dichters deutlich: *der Frieden* und die *deutsche Einheit*. In den nächsten beiden Teilen des vorliegenden Aufsatzes soll aufgezeigt werden, in welchem Zusammenhang diese mit Hauptmanns Politikvorstellung stehen. Hierbei wird eines deutlich: Seine Zeit- und Standortgebundenheit als Dichter und die mit der deutschen Kulturtradition einhergehende *Ablehnung der Politik* konnte Hauptmann nicht ablegen. Konsequenterweise wird in Hauptmanns Bild von der Politik eine durch Platon bestärkte Tendenz deutlich, „politische Fragen vom kulturellen Standpunkt“ (Chapiro 1932: 104) und nicht vom machiavellistischen Standpunkt der Macht und der Gewalt aus zu lösen. Macht- und Gewaltlösungen war Hauptmann, wie auch aus den Oberschlesienreden hervorgeht, stets abgeneigt. Mit Ausnahme der ersten Kriegsjahre verhielt er sich in den Fragen Militarismus, Krieg, Inhumanität auch konsequent ablehnend (vgl. Hilscher 1996: 340). Stattdessen verherrlichte der Dichter die *Friedensidee*: „Nur die Idee des Friedens, nicht die des Krieges ist steigerungsfähig“ (Hauptmann 1962a: 1023).

Hauptmanns (politische) Grundprinzipien „Frieden“ und „Einheit“ werden bereits vor bzw. während seines Eintretens „Für ein deutsches Oberschlesien“ deutlich, u.a. in den Reden „Deutsche Einheit“ (Hauptmann 1921b: 716 – 721) und „Der Sinn des Nobelpreises“ (Hauptmann 1912: 703) sowie im „Festspiel in deutschen Reimen“ (Hauptmann 1913: 943 – 1006). Im Jahre 1912 sprach Hauptmann beim Nobelpreis-Bankett

¹⁶ Vgl. hierzu Hauptmann 1919: 707 – 711 und Hauptmann 1919a: 936 – 945.

vom „Ideal des Weltfriedens“, welches „die Letzten Ideale der Wissenschaft und der Kunst in sich“ einschließt (Hauptmann 1912: 703). Ein Jahr später idealisierte Hauptmann im „Festspiel in deutschen Reimen“ die Segnungen des Friedens und rechnet mit dem kriegerischen Geist vor dem Weltkrieg ab (vgl. Barnstorff 1938: 78).

Meines Daseins, meiner Waffen Sinn:/die Tat des Friedens, ist es, nicht die Tat
des Krieges!/Die Wohltat ist es, nimmermehr die Missetat!/Was andres aber ist
des Krieges nackter Mord?/So ruf ich euch denn auf, ihr eines anderen Krie-
ges/Krieger! Ihr, todbringend, Leben Schaffende!/Dort, wo ich bin und wo ihr zu-
strömt, ist das Licht./Wir nie Getrennten, stets geeinten, wissen nichts/Von Krieg.
Und also wohnt der Frieden unter uns! (Hauptmann 1913: 1003)

In der zum 50. Jahrestag der Reichseinigung gehaltenen Rede „Deutsche Einheit“ beklagte Hauptmann die innere (geistige) Zerrissenheit Deutschlands, die ihre Ursprünge in den dynastischen, religiösen und auch sozialen Partikularismen des Mittelalters bzw. der Neuzeit besonders aber in der Reformation findet. „Deutschland ist uneins, Deutschland ist zerklüftet und zerrissen.“ Ein tiefer durch Deutschland gehender Spalt gleicht „einer schweren offenen Wunde am nationalen Körper“ (Hauptmann 1921b: 717). Um die innere (geistige) Einheit zu erreichen, sei es nicht notwendig, alle Gegensätze auszuschalten, da diese „innerhalb eines gesetzmäßigen Zustandes [...] fruchtbringend sind“ (ebd.: 719). Das Trennende dürfe das Gemeinsame freilich „nicht verdunkeln“ (ebd. 720). Unabdingbare Voraussetzungen für die Deutsche Einheit sind der Frieden und die Besinnung auf den „deutschen Kulturbesitz“ (ebd. 721 – Hervorheb. D.D.).

Hauptmanns Appell, die territoriale Zerstückelung Deutschlands auf „friedlichem Wege“ (Hauptmann 1920: 714) und nicht mit Waffengewalt zu verhindern ist, vor dem Hintergrund seiner Kritik am Krieg als Zerstörer der Kultur zu sehen (vgl. Chapiro 1932: 112). Krieg ist für Hauptmann nicht nur mit dem Verlust an Menschenleben, an Städten und Volksvermögen gleichbedeutend, er zieht auch eine „Vernichtung an seelischen Werten“ nach sich (ebd: 111).

Kultur beginnt für Hauptmann dort, wo der Überfluss an Geist beginnt. Und da Mensch und Geist identisch sind, beginnt die Kultur dort, „wo die Achtung vor dem Menschenleben beginnt“ (ebd.: 115f.). Der Krieg aber leugnet das Prinzip, „dem Menschenleben einen unermesslich hohen Wert beizumessen“ und verneint deshalb die Kultur. Der Frieden hingegen anerkennt die Kultur, denn er ehrt „das Prinzip der Achtung vor dem Menschenleben“ (ebd. 116). Dem Sprichwort entsprechend „Friede ernährt, Unfriede verzehrt“ setzt Hauptmann Frieden mit Kultur gleich: „Friede bedeutet Kultur“ (Hauptmann 1921c: 735). Auf diesem Gedanken aufbauend verwirft Hauptmann Ansichten, nach denen Kriege um den Frieden willen geführt werden können. Durch den Krieg kann „an sich nie etwas Gutes entstehen“, denn seine erste Tat ist es, „dem Frieden Gewalt anzutun“ (Chapiro 1932: 112). Hieraus erklärt sich auch der Appell die „Zerstückelung“ Deutschlands auf friedlichem Wege zu verhindern (vgl. Hauptmann 1920: 714). Allerdings gesteht Hauptmann in der Rede „Für ein deutsches Oberschlesien“ zu, dass *Gewalt im Kriege* „eine gewisse Größe und einen gewissen Adel“ besitzt (Hauptmann 1921a: 723 – Hervorheb D.D.). Dieser gleichen Gewalt fehlen im Friedenszustande aber diese Größe und dieser Adel.

VI HAUPTMANN'S POLITIKBEGRIFF. DIE UNTERSCHIEDUNG REALPOLITIK UND KULTURPOLITIK

VI.I Realpolitik

Hauptmanns Verhältnis zur Politik war, wie insbesondere Teil II dieses Aufsatzes zeigte, ein kritisches. Seine differenzierte Position zur Politik wird auch an folgender Grundsatzäußerung deutlich: Politik ist „äußerste Charakterverderbnis“ und „Morast“, sie „entzweit sofort und stellt in den Kampf etc.“ (nach Erdmann 1997: 161). Vor diesem Hintergrund und unter Beachtung seines Begriffes der Kultur unterscheidet Hauptmann zwei Arten von Politik, eine den Charakter verderbende und in den Kampf stellende, die er *Realpolitik* nennt, und eine „echte Politik“ (nach Erdmann 1997: 161), die er *Kulturpolitik* bezeichnet.

Der *Realpolitik* entsprach in Hauptmanns Denken, eine dem reinen Verstand entspringende und sich ausschließlich an der Realität orientierende Politik. Diese ist ohne Illusionen und nur eine Kunst des Möglichen. Die Realpolitik sieht die Zukunft nicht in ihrem Endziel vor sich und agiert nur auf der Grundlage von *Tagesinteressen*.

Sie überblickt nicht [...] die ganze Leiter, die zu diesem Endziel führt, sondern nur die einzelnen Stufen, die überdies so dicht übereinanderliegen, dass wir uns bei jedem Schritt daran stoßen. Diejenigen aber, die regiert werden, können nicht so millimeterweise wünschen. Wünsche müssen höchste Ziele haben, um zur Tat zu begeistern (Chapiro 1932: 104f.).

Der Ausgangspunkt der Realpolitik ist für Hauptmann das „Bestreben der Parteien, die Macht zu ergreifen“ (ebd. 108). Deren Kampf um die Hegemonie zwingt sie zu einer täglichen Revision ihrer Programme, um sich der jeweiligen Situation anpassen zu können. Hier wird eine Gleichsetzung von Politik und Partei deutlich, denn „Wer aber Politik sagt, sagt Partei“ (Chapiro 1932: 102). Zwar müsse und dürfe jeder irgendwie ab und zu mal Partei nehmen. Dieses Parteiergreifen darf allerdings bei einem selbstständigen Geist nie einer Parteipolitik entspringen. Grundlage des Parteiwesens und somit der Real-Politik ist der Opportunismus, der Kompromiss und die Orientierung an Tagesinteressen. Eine solche Politik erklärt sich nur aus dem *Ist*, nicht aber aus dem *Soll*. Sie ist nur eine an kurzfristigen Erfolgen orientierte Technologie der Macht.

Grund und Voraussetzung aller Politik sind die Vielzahl und die Gegensätzlichkeiten von konkurrierenden Meinungen, Interessen und Lebensplänen, die einer ethisch fundierten Anerkennung durch alle Beteiligten bedürfen, um einen *modus vivendi* auf Zeit zu finden (Arendt 1960). Politik stellte für Hauptmann aber keine Sphäre dar, in der Konflikte konkurrierender Partikularinteressen durch *Kompromisse* reguliert werden. Kompromisse waren für ihn nur im alltäglichen Leben möglich, um im „weltlosen Selbstsein“ (Jaspers) ungestört seinen Gedanken nachgehen zu können. Das *künstlerische* Werk bedürfe zu seiner Verwirklichung im Gegensatz zum politischen nicht des Kompromisses.

Ein politischer Gedanke aber, und wenn man ihn in seiner reinsten Form erhalten wolle, müsste immer Hintertüren suchen und, im Gegensatz zu einem Kunstwerk, stets an seine Grenzen denken. Deshalb kann die Tagespolitik, welche Richtung sie auch einschlagen mag, nur ausgetretene Pfade gehen (Chapiro 1932: 104).

Realpolitik und Plebiszit

Im Hinblick auf das Plebiszit in Oberschlesien lässt sich mit Hauptmanns Begriff der (Real-) Politik folgendes feststellen: Auf Grund ihrer tagespolitischen Beschränktheit, die sich nur am *Ist*, nicht aber am *Soll*, dem Frieden orientiert und auch historische Gegebenheiten nicht beachtet, ist die Realpolitik immer auf den Kompromiss angewiesen. Ein Kompromiss wie das Plebiszit, wäre bei Kenntnis und Beachtung der historischen Entwicklung Oberschlesiens und der historischen Argumentation Hauptmanns folgend nicht notwendig gewesen.

Oberschlesien war bereits ein Teil des alten Römischen Kaiserreichs Deutscher Nation. Es ist alsdann ein Teil Preußens und also ein Teil des neuen Deutschen Reiches gewesen [...] Es gibt in dieser Frage für den Deutschen *keine Diskussion* (Hauptmann 1921a – Hervorheb. D.D.).

Das eindeutige Ergebnis des Plebiszites wurde von den Alliierten auf Grund der Orientierung an tagespolitischen Ereignissen (polnischer Aufstand) und egoistischen Einzelinteressen (gegensätzliche Ansichten Englands und Frankreichs hinsichtlich Deutschlands) nicht anerkannt. Deshalb wurde ein neuer Ausgleich, die Teilung Oberschlesiens, notwendig. Diese ist unmittelbare Folge der alliierten Realpolitik, die nicht das Endziel der Politik, „die Wunden des Kriegs [...] heilen und nicht [...] im Frieden neue Wunden zufügen“ (ebd. 724) vor sich sah. Eine logische Konsequenz dieser Realpolitik wäre Krieg. Denn durch die Abtrennung Oberschlesiens würden Brandherde geschaffen, „die das Werk des Friedens bedrohen und binnen kurz oder lang eine schrecklicheren Weltbrand erzeugen müssen als den, der kaum vorüber ist“ (ebd.). Auf Grund ihrer bloßen Orientierung an Tagesinteressen und ihrer Gründung auf Macht und Kompromissen steht die (Real-)Politik der Kultur feindlich gegenüber und ist, wie die Geschichte beweist immer wieder zum Scheitern verurteilt. Eine erfolgreiche Politik dürfe sich nicht auf Macht, Krieg und Kompromisse gründen, sondern auf Frieden und Kultur. Kultur beginnt für Hauptmann dort, wo Geist herrscht, „ein Geist, der weiter blickt, als die Tagesinteressen es erfordern“ (Chapiro 1932: 115). Der Friede müsse deshalb das Ziel echter Politik sein.

VI.II Kulturpolitik

Statt der zum Krieg führenden Realpolitik sei nach der Katastrophe des Weltkrieges eine „erneuernde“ und „schöpferische Politik“ notwendig, die sich nicht an den Niederungen des Tagesgeschehens, sondern an der *Höhe des Geistes* orientiert (Chapiro 1932: 104). Diese erneuernde Politik, die den Gegenpol zur Realpolitik bildet, ist für Hauptmann die *Kulturpolitik*. Sie steht nicht für politisierte Kultur und ist auch „nicht diejenige, die in Kulturfragen politischen Geist hineinträgt“, sondern jene „die politischen Fragen vom kulturellen Standpunkt aus stellt und löst“ (ebd.). Sie kann nur von oben, vom *Geiste* hergeleitet sein. Hierin besteht der entscheidende Gegensatz zur Realpolitik. Diese „wird geistig nicht von oben her geleitet, sondern von unten her“ (ebd.: 108), entspringt also den gegebenen Zuständen, weshalb sie immer auf Kompromisse angewiesen ist. Ihr größter Fehler aber ist, nur mit dem Verstand regieren zu wollen. „Wahre Politik“ gründet sich hingegen auf Fantasie, Zufall *und* Kultur. Eine Politik, die nur der Realität entspringt ist für Hauptmann allenfalls „eine positive Wissenschaft“ (ebd.: 105), deren Errungenschaften unzerstörbar wären. Die von Hauptmann angestrebte Politik

soll keine Technik der Macht sein, sondern die Orientierung an höchsten – ideellen – Zielen. Gerade diese Fähigkeit, sich geistige Ziele zu setzen, spricht Hauptmann der Realpolitik ab. Politik erwächst für Hauptmann jedoch erst aus ideellen – unpolitischen – Zielen. Nicht die Politik bringt die Menschheit voran, sondern die *Kultur*.

Tiefer gesehen sind es also nicht die Politiker, die die Reformen durchführen, sondern das Dichtende, Denkende, Künstlerische im Volk. So sind die berühmtesten Politiker oft nur Nachläufer, die Gesetzgeber – meist nur das passive Element, das unerschöpfliche Ausführungsorgan derjenigen, welche diese Gesetze einst als Märchen und Legenden verkündeten (ebd.: 108).

Den Vorwurf der Schwärmerei weist Hauptmann zurück. Nicht die geistig hergeleitete, sich an ideellen Werten orientierende Kulturpolitik ist eine Schwärmerei, sondern die Realpolitik, da sie glaubt mit dem reinen Verstand und allein durch Vernunft die Welt regeln zu können. Ihr Glaube an die realen Möglichkeiten ist Illusion (vgl. Chapiro 1932: 105).

Dem Gegensatz Realpolitik – Kulturpolitik entspricht auch Hauptmanns Unterscheidung von *Berufspolitiker* und *Politiker im höheren Sinne*. Der Kulturpolitik entsprechend, erneuern letztere die Welt von oben her, „das heißt: vom Geiste aus, und nicht von unten her: nur aus den Bedürfnissen des Tages“ (ebd.: 107). Sie fassen die Politik als Fatum auf. Berufs- und also Realpolitiker hingegen betrachten die Welt von unten her, weshalb es ihnen auch nicht möglich ist politisch (bei Hauptmann kulturell) zu denken. Um *neue* Formen annehmen zu können, braucht die Politik jedoch Schwärmer und Illusionen.

Kulturpolitik und deutsche Einheit

Abschließend soll die von Hauptmann angestrebte deutsche Einheit in den ideengeschichtlichen Zusammenhang mit der Kultur- und Realpolitik gestellt werden.

Vor dem Hintergrund der von Hauptmann geforderten Kulturpolitik darf der Leitgedanke wahrer *Volkspolitik* nicht darin bestehen, „Unterschiede aufzuzeigen und zu entzweien, sondern zu überbrücken und zu einen“ (Chapiro 1932: 110). Mit dem Aufruf Geld „für die Grenzlanddeutschen“ zu spenden, will Hauptmann wie ausgeführt, eine kraftvolle und lebensfähige deutsche Einheit erhalten. Hatte der Weltkrieg anfangs alle Deutschen vereint, so lief gegen Ende alles in Revolution, Brudermord und Bürgerkrieg aus (vgl. Barnstorff 1938: 84).

Der Appell zur Grenzspende ist in diesem Sinne ein kulturpolitischer, denn er hat ein ideelles Ziel vor Augen, die verlorene Einheit Deutschlands. Mit dieser Aufforderung soll der Ausgangspunkt der Realpolitik, das Parteiwesen, überwunden werden, da es „die Kluft, die eine Volksgruppe von der anderen trennt“ vertieft und „dadurch die schwersten Störungen im Volksorganismus“ hervorruft (Chapiro 1932: 110.). Durch das Entstehen Deutscher für Deutsche wird die sich in dynastischen, religiösen und parteipolitischen Streitigkeiten äußernde und den deutschen Nationalkörper vergiftende innere Spaltung überwunden (vgl. Hauptmann 1921b: 720). Die Deutschen müssten sich von der Tagespolitik der Parteien lösen und sich stattdessen der Kultur d.h. dem Geist zuwenden, um Deutschland wieder stark „und wenn auch in ganz anderem Sinne als früher wieder groß“ zu machen“ (Hauptmann 1920: 714).

Hauptmanns Ansicht, „Friedensmacht“ sei eine „nationale Wesensart“ (ebd.), ist aus der Gleichsetzung von Frieden und Kultur und aus der apolitischen deutschen Kulturtradition heraus zu interpretieren. Die geforderte Besinnung auf die Kultur müsste mit Blick auf die unpolitische deutsche Kulturtradition auf einen fruchtbaren Boden fallen. Wurde den Mächten des Geistes in Deutschland doch eine besondere Rolle zugemessen und Politik als „tostlose Philosophie des Eigennutzes“ (Schiller 1800: 435) und Inbegriff von Macht, Reichtum und Geschäften (Burckhardt 1872: 159) verstanden.

Da den Deutschen „die Liebe zu ihren [apolitischen] Dichtern nicht ausgetrieben werden könne“ (Hauptmann 1922: 736) und diese wiederum ein großes Ansehen genossen ist bei Betrachtung der deutschen Kulturtradition (mit ihren gegensätzlichen Verhältnis von Kunst/Kultur und Politik) die einzig mögliche Politik, eine die „politische Fragen vom kulturellen Standpunkt“ (Chapiro 1932: 104) aus betrachtet. Dem nationalen Wesen der Deutschen würde bei der Betrachtung von Hauptmanns Politikbegriff und den Oberschlesienreden die Kulturpolitik und somit der Frieden entsprechen. Die Abwendung von der Tagespolitik der Partei und die Zuwendung zu Kultur und Geist würde das Ende der geistigen Zersplitterung Deutschlands bedeuten und die territoriale Einheit Deutschlands sichern. Statt politischer Stärke braucht Deutschland Kulturkraft. Gerade vor diesem Hintergrund ist der Aufruf für die Grenzspende zu sehen. Er entspricht dem Postulat der Kulturpolitik. Geht es doch um höhere ideelle Ziele: den Erhalt des deutschen Territoriums, die Idee der inneren geistigen Einheit Deutschlands und damit verbunden die Idee des Friedens.

An dieser Stelle sei noch einmal auf Schiller verwiesen. Stellte dieser das kulturelle dem politischen Deutschland vor dem Hintergrund der deutschen Uneinigkeit gegenüber, so sind ähnliche Tendenzen auch bei Hauptmann zu bemerken. Er erhebt die geistige Einheit über die Uneinigkeit und sieht in der geistigen Einheit die Voraussetzung für die territoriale.

Am Politikbegriff Hauptmanns und seinen Oberschlesienreden wird deutlich, dass Hauptmann sich an den beiden maßgeblichen Begriffe der deutschen Tradition orientierte: Geist und Kultur. Politik geht bei Hauptmann nicht vom Gegebenen aus, sondern von der Antithese, vom Geist und deshalb sind die ‚wahren‘ Politiker die geistigen Menschen. Hauptmanns Unbehagen an der Politik ist offensichtlich, ebenso klar ist, dass dem Schriftsteller „Kultur- und Bildungswerte näher als politische Pragmatik“ (Machatzke 1980: 296) standen. Statt auf Macht solle sich die Politik auf Kultur gründen und sich am *Idealen* und nicht am *Realen* orientieren. Nicht die Kultur solle sich an politischen Maßstäben orientieren, sondern die Politik an Kulturellen. Der ganz dem deutschen Idealismus und der Kulturtradition verbundene Dichter strebte eine Humanisierung der Politik an. Da dies nicht gelang ist der Rückzug auf sein unpolitische Dichtertum ebenso natürlich wie eine deutlich werdende allgemeine Politikverdrossenheit: „Ich fürchte: Politik eine einzige Albernheit (man kann sie an eine alte Tante loswerden)“ (zitiert Erdmann 1997: 166).

Zum Schluss bleibt festzuhalten, dass Hauptmanns Politikbegriff zwar auf der apolitischen deutschen Kulturtradition aufbaut. Dennoch ist seine Vorstellung der Kulturpolitik in den größeren Zusammenhang der europäischen Geistesgeschichte des beginnenden 20. Jahrhundert einzuordnen. Verwiesen sei hier vor allem auf die Konzeption einer „nichtpolitischen“ Politik von Thomas G. Masaryk.

VII ZUSAMMENFASSUNG

Im vorliegenden Aufsatz wurde erstens der Versuch unternommen, das Verhältnis Gerhart Hauptmanns zur Politik vom Kaiserreich bis zu seinen öffentlichen politischen Auftritten im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über Oberschlesien im Jahre 1921 vor dem Hintergrund der deutschen Kulturtradition darzustellen. Zweitens wurden die in Hauptmanns Oberschlesienreden deutlich werdenden Grundprinzipien seines Denkens (Einheit und Frieden) herausgearbeitet und in eine Beziehung mit Hauptmanns Politikbegriff gestellt. Drittens wurde Hauptmanns Politikbegriff, die Unterscheidung von Real- und Kulturpolitik, auf die untersuchten Reden angewendet.

Im Hinblick auf das Verhältnis Hauptmanns zur Politik wurde deutlich, dass sich der Dichter der deutschen apolitischen Kulturtradition entsprechend bis zum Ausbruch der Ersten Weltkriege im Jahre 1914 apolitisch verhielt und sich gegen die Politisierung seiner Werke aussprach. Hauptmanns Wendung zur Politik wird ab 1914 sichtbar, als er sich öffentlich an der Kriegspropaganda des deutschen Reiches beteiligte. Auch hier entsprach sein Verhalten der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland.

Mit dem Ende des Krieges trat Hauptmann vermehrt in die politische Öffentlichkeit und äußerte sich vor dem Hintergrund der Entscheidung der alliierten Kriegsgegner in Oberschlesien eine Volksabstimmung hinsichtlich der weiteren staatsrechtlichen Zugehörigkeit durchzuführen. In den untersuchten Reden werden die Grundprinzipien in Hauptmanns (politischen) Denken deutlich: Einheit und Frieden.

Aufbauend auf diesen beiden Begriffen entwickelt Hauptmann eine Vorstellung von der Politik, die sich nicht auf Macht, Opportunismus und Tagesinteressen gründen sollte (Realpolitik), sondern auf Geist und Kultur (Kulturpolitik), also auf den beiden maßgeblichen Begriffen der deutschen Kulturtradition.

LITERATURVERZEICHNIS

Abusch, Alexander 1963: Größe und Grenzen Gerhart Hauptmanns, in: Sinn und Form 15/1963, S. 48 – 61.

Arendt, Hannah 1960: Vita activa: oder vom tätigen Leben, Stuttgart 1966.

Barnstorff, Hermann 1938: Die soziale, politisch und wirtschaftliche Zeitkritik im Werke Gerhart Hauptmanns, Jena.

Brescius, Hans v. 1977: Gerhart Hauptmann. Zeitgeschehen und Bewusstsein in unbekanntem Selbstzeugnisse. Eine politisch-biografische Studie, Bonn ²1977.

Burckhardt, Jacob 1872: an Arnold Salis, (21. April 1872), in: Ders., Briefe, Bd. 5, hrsg. v. Max Burckhardt, Basel 1963, S. 156-159.

Ders. 1905: Weltgeschichtliche Betrachtungen, Frankfurt a. M. 1987.

Chapiro, Joseph 1932: Gespräche mit Gerhart Hauptmann, Frankfurt 1996.

Erdman, Ulrich 1997: Vom Naturalismus zum Nationalsozialismus? Zeitgeschichtlich-biografische Studien zu Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Johannes Schlaf und Hermann Stehr, Frankfurt.

Fischer, Peter 1991: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919 – 1939, Wiesbaden.

Gay, Peter 1987: Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Republik 1918 – 1933, Frankfurt.

Gervinus, Georg Gottfried 1855: Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen, Bd. 1, Leipzig.

Gill, Arnon 1997: Eine tragische Staatsgrenze, Geschichte der deutsch-polnischen Grenze von 1918 – 1945, Frankfurt u.a.

Grosch Waldemar 2002: Deutsche und Polnische Propaganda während der Volksabstimmung in Oberschlesien 1919-1921, Dortmund.

Hauptmann, Gerhart 1912: Der Sinn des Nobelpreises. In: Hans-Egon Hass (Hg.). Fortgeführt von Martin Machatzke (Bd. X/XI) u. Wolfgang Bungies (Bd.X): Gerhart Hauptmann: Sämtliche Werke (= Centaner-Ausgabe zum hundersten Geburtstag des Dichters, 15. November 1962, Bd. VI, S. 703; im folgenden: CA (= Centaner-Ausgabe), Bandzahl in römischen und Seitenzahl in arabischen Ziffern.

Ders. 1912a: Duldsamkeit, in: Gerhart Hauptmann, CA VI, S. 918–921.

Ders. 1913: Festspiel in deutschen Reimen, in: Gerhart Hauptmann, CA II S. 943–1006.

Ders. 1918: Diarium 1917–1933, hrsg. von .Martin Machatzke, Frankfurt 1980, Eintrag vom 5. Dezember, S. 28.

Ders. 1919: Offener Brief an den Kongress der Alliierten in Paris, in: Gerhart Hauptmann, CA VI, S. 707–711.

Ders. 1919a: Satire auf die deutsche Kriegsschuld, in: Gerhart Hauptmann, CA XI, S. 936–945

Ders. 1920: Für die Grenzlanddeutschen, in: Gerhart Hauptmann, CA VI, S. 714–715.

Ders. 1921: Aufruf zum Opfertag für Oberschlesien, in: Gerhart Hauptmann, CA XI, S. 961–962.

Ders. 1921a: Für ein deutsches Oberschlesien, in: Gerhart Hauptmann, CA VI, S. 722–725

Ders. 1921b: Deutsche Einheit, in: Gerhart Hauptmann, CA VI, S. 716–721.

Ders. 1921c: Deutsche Wiedergeburt, in: Gerhart Hauptmann, CA VI, S. 726–735.

Ders. 1922: Goethe und die Volksseele, in: Gerhart Hauptmann CA VI, S. 736–739.

Ders. 1962: Leben und Menschheit, in: Gerhart Hauptmann CA VI, S. 989-1025.

Ders. 1962a: Leben und Menschheit, in: Gerhart Hauptmann CA VI, S. 989-1025.

Hilscher, Eberhard 1996: Gerhart Hauptmann. Leben und Werk, Berlin.

Hildebrandt, Klaus 1968: Gerhart Hauptmann und die Geschichte, München.

Ders. 1993, Gerhart Hauptmann in der Zeit der Weimarer Republik, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Breslau, Bd. XXXIV, 1993, S. 207 – 230.

Jaspers, Karl 1932: Die geistige Situation der Zeit, Berlin 1979.

Leppmann, Wolfgang 1990: Am Ende blieb die Trauer: Dichtung und Politik in Deutschland am Beispiel Gerhart Hauptmanns, in: *Wegbereiter der Moderne. Studien zu Schnitzler, Hauptmann, Th. Mann, Hesse, Kaiser, Traven, Kafka, Broch, von Unruh und Brecht*, hrsg. von Helmut Koopmann und Clark Muenzer, Tübingen, S. 27 – 46.

Mann, Thomas 1918: *Betrachtungen eines Unpolitischen*, Frankfurt a.M. 2001.

Machatzke, Martin 1980: Der Dichter der Weimarer Republik, in: Gerhart Hauptmann, *Diarium* a.a.O. S. 282 - 314.

Molo, Walter v. 1922: Der Dichter und die Zeit, in: Gerhart Hauptmann und sein Werk, hrsg. von Ludwig Marcus, Berlin-Leipzig 1922, S. 31 – 34.

Naumann, Friedrich 1918: Erziehung zur Politik, in: Ders., *Ausgewählte Schriften*, hrsg. von Max Graf zu Solms, Frankfurt a.M. 1949, S. 419-447.

Rubiner, Ludwig 1912: Der Dichter greift in die Politik, in: Ders., *Der Dichter greift in die Politik. Ausgewählte Werke 1908-1919*, hrsg. von Klaus Schuhmann, Leipzig 1976, S. 251-264.

Ruge, Arnold 1843: Eine Selbstkritik des Liberalismus (Vorwort), in: *Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst* 5/2, S. 1-4.

Schiller, Friedrich 1796: Xenion Nr. 95 – Das deutsche Reich, in: *Schillers Werke (Nationalausgabe)*, Bd. 1: Gedichte in der Reihenfolge ihres Erscheinens: 1776-1799, hrsg. von Julius Petersen und Friedrich Beißner, Weimar 1992, S. 320.

Ders. 1796a: Xenion Nr. 96 – Deutscher Nationalcharakter, in: a.a.O., S. 321.

Ders. 1800: Deutsche Größe, in: *Schillers Werke (Nationalausgabe)*, Bd. 2 I: Gedichte letzte Gestalt: 1799-1805, hrsg. von Julius Petersen und Friedrich Beißner, Weimar 1993, S. 431-436.

Sprengel Peter 1984: Gerhart Hauptmann. Epoche – Werk – Wirkung, München.

Ders. 1996: Kriegsdienst mit der Feder. Gerhart Hauptmanns Beitrag zum Ersten Weltkrieg, in: Gerhart Hauptmann. *International Studies*, hrsg. von Krzysztof Kuczyński, Łódź 1996, S. 216 - 242.

Stern, Fritz 1984: Die politischen Folgen des unpolitischen Deutschen, in: *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918*, hrsg. von Michael Stürmer, Düsseldorf, S. 168-186.

Tschörtner, Heinz Dieter 1995: Gerhart Hauptmann. Ein Lebensbild-Biografia, Würzburg.

Vollrath Ernst 1989: Politik, in: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 7, hrsg. von Joachim Ritter und Karlfried Gründer, Basel, S. 1056-1075.

Wagner, Richard 1852: *Oper und Drama*, Leipzig 1869.

Weczerka, Hugo 2003: Geschichtliche Einführung, in: *Handbuch der historischen Stätten*, Bd. Schlesien, hrsg. von Hugo Weczerka, ²Stuttgart.

Zappel, Alfred 1987: Gerhart Hauptmann – ein Dichter der Menschlichkeit. Bedeutung und Wirkung seiner Werke in den USA und in Russland, Hannover.